

Ersteinst täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 22.

Spezialdruck der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.

Nachmittags 4—6 Uhr.

Die bei diesem eingetragene Marke
sicher macht die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Preise an Wochenenden bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

Die bei diesem eingetragene Marke
sicher macht die Redaction nicht
verantwortlich.

Die bei diesem eingetragene Marke
sicher macht die Redaction nicht
verantwortlich.

Die bei diesem eingetragene Marke
sicher macht die Redaction nicht
verantwortlich.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 16,000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Thlr.,
incl. Frachtlohn 5 Thlr.,
durch die Post bezogen 6 Thlr.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbeförderung 25 Pf.,
mit Postbeförderung 48 Pf.

Inserate 1/2 Spalte 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Labelirte
Sätze nach höherem Tarif.

Reklamen unter dem Redactionsbrett
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postvorkauf.

№ 173.

Donnerstag den 27. Mai 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Boofungsscheine der im Jahre 1880 in Leipzig, Stadt, gemütherten militairpflichtigen Mannschaften sind eingegangen und liegen an unserm Quartieramt, Katharinenstraße Nr. 29, 1. Etage, alte Rathswache, zum Abholen bereit, was hiermit zur Kenntniß der Betheiligten gebracht wird.
Leipzig, am 22. Mai 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig. Lamprecht.
Dr. Georgi.

Bermiethung von Verkaufsgewölben.

Die vier Abtheilungen der neu gebauten Verkaufshalle in dem der Stadtgemeinde gehörigen Grundstück „Zur grünen Linde“, Peterssteinweg Nr. 11, und zwar die Abtheilungen Nr. 1 und 4 (Eckgewölbe) mit je einem Comtoir und Niederlagerraum im Obergesch. sollen vom 1. Juli dieses Jahres an auf drei Jahre
Freitag, den 4. Juni d. J. Vormittags 11 Uhr,
an Rathskasse, eine jede Abtheilung für sich, an die Meistbietenden vermiethet werden.
Die Vertheilungs- und Bermiethungsbedingungen nebst Inventarium und Grundriß der zu vermiethenden Locale liegen schon vor dem Termine auf dem Rathhaussaal, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, den 21. Mai 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig. Stöck.
Dr. Georgi.

Brennholz-Auction.

Mittwoch, den 3. Juni a. e. sollen von Nachmittags 3 Uhr ab im Forstreviere Connewitz auf den Mittelwaldböschungen in Abth. 41a und 42a
ca. 800 Haufen klein gemachtes hartes Stuchholz
unter den öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle vertheilt werden.
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Ronne, unweit der sogenannten Rassen Wiese am Nonnenwege.
Leipzig, am 24. Mai 1880.
Der Verwaltungsrath des Forstreviers Connewitz.

Bekanntmachung.

Sum Besten des hiesigen Theater-Chor-Pensions-Fonds findet
Freitag, den 28. d. M.
im neuen Theater die Aufführung der Oper „Faust und Margarethe“, Musik von Gounod, statt.
Wir geben und der Hoffnung hin, daß das geehrte Publicum unserer Anstalt seine Theilnahme nicht verweigern und die gedachte Vorstellung, für welche neben den vorzüglichen Kräften unserer Bühne auch die hiesige Hofoperndirigin Frau Cornelia Meynenheim aus München in hervorragender Weise ihre Mitwirkung zugesagt hat, sich eines recht zahlreichen Besuches erfreuen werde.
Leipzig, den 26. Mai 1880.
Der Verwaltungsrath des Chor-Pensions-Fonds des Leipziger Stadttheaters.

Der römische Fehdebrief.

*** Berlin, 25. Mai. Ueber den Zeitpunkt, in welchem die Erklärung der römischen Curie wegen der kirchenpolitischen Vorlage hier eingetroffen, und über die Aufnahme, welche dieselbe beim preussischen Staatsministerium gefunden, gehen die widersprechendsten Nachrichten durch die Blätter. Die aus glaubwürdigster Quelle verlautet, traf die erste und bis heute einzige Mittheilung aus Rom, am Sonnabend Nachmittag beim Reichskanzler ein, und von hier aus, nicht etwa von Rom hat dieselbe ihren Weg in die Presse gefunden. Daß das Staatsministerium schon am Sonnabend mit der Sache beschäftigt worden sei, ist einseitig unrichtig. Thatsache ist, daß einzelne Mitglieder des Ministeriums gestern Nachmittag noch nichts von der römischen Botschaft wußten, die Kaiser Bismarck zunächst nur dem Reformminister, Herrn v. Puttkamer, mitgetheilt zu haben scheint. Das ging um so eher an, als von einer offiziellen Mittheilung seitens des heiligen Stuhles bis heute noch nicht die Rede sein kann. Es gelangte — durch welche Vermittelung, mag dahingestellt bleiben — die telegraphische Nachricht hierher, der Papst habe sich bezüglich des Entgegenkommens der preussischen Regierung dahin ausgesprochen, er betrachte seinen bekannten Brief an den Erzbischof Melchers von Köln nunmehr als nicht geschrieben. Leicht möglich, daß diese Aeußerung für die Ohren des Cardinals Dohense die bestimmend war. Die preussische Regierung war davon um so mehr überrascht und mußte überreicht sein, als genau ausgerechnet werden konnte, daß der Text und die Motive der Vorlage an den Landtag nicht vor Sonntag nach Rom gelangen würden. Der Papst muß also ohne Kenntniß derselben und ohne Rücksicht darauf gehandelt haben. Nichts desto weniger bezweifelt man in den maßgebenden Kreisen nicht im Allgeringsten die Richtigkeit der Nachricht; man ist nur begierig, zu erfahren, in welcher Form sie officiell bestätigt wird. Geschieht eine offizielle Notifizierung, so kann sich Herr v. Puttkamer nicht der Verpflichtung entziehen, dieselbe am Freitag bei der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs zur Kenntniß des Abgeordnetenhauses und damit des ganzen Landes zu bringen. Daß er eine „große“ politische Rede zur Einbringung der Vorlage halten wird, ist ja schon vorher bestimmt gewesen. Zunächst scheint er noch zu glauben, daß die päpstliche Opposition von Seiten des Papstes dem Gesetzesentwurf nur förderlich sein könnte, indem sie den Glauben verschärft, als könne dieselbe allzusehr den römischen Ansprüchen entgegen; doch dürfte er, wie die Stimmung des Hauses nun einmal ist, mit dieser Annahme die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben.

regierung zu entsprechen. Bei der Specialdiscussion, welche morgen innerhalb der Fraction fortgesetzt wird, haben sich manche Gegensätze ausgeglichen, weil es sich dabei um concrete Fragen handelte. Es ist selbstverständlich, daß das Centrum es zunächst auf die Abschwächung resp. Streichung einer Anzahl von Artikeln der Vorlage absetzt, und daß es heute schon Fühlung mit den Conservativen und anderen Parteien des Hauses sucht, um sich der Majorität zu vergewissern. Die Taktil der Ministerien geht augenblicklich darauf hinaus, bei den Conservativen wie Liberalen, welche sich einer bedingungsweisen Annahme der Vorlage geneigt zeigen, den Glauben zu erwecken, daß sie diesen Bestrebungen sich anschließen und somit diese Äußerungen werden, welche aus den fanatischen Aeußerungen ihrer Presse und einzelner Mitglieder der Fraction eine Ablehnung des Ganzen des Gesetzes in Sicht stellen. Sie glauben sich zu diesem Vorgehen umso mehr berechtigt, als sie erfahren haben, daß der Reichskanzler mit mehreren hervorragenden liberalen Abgeordneten conferirte und seine Geneigtheit erklärte, betreffs einiger Bestimmungen Zugeständnisse zu machen.

Die Rationalliberalen gedenken erst am Donnerstag, wo die Aenerrung des katholischen Feiertags wegen ausfällt, die Beratung der Vorlage vorzunehmen. Was die Stimmung in den nationalliberalen Abgeordnetenkreisen betrifft, so kann einstweilen nur gesagt werden, daß das Bekanntwerden von der schroff ablehnenden Haltung der Curie die Meinung sehr verringert hat, der Vorlage selbst in wesentlicher veränderter Gestalt zuzustimmen. Die Sachlage ist seit jener Nachricht von dem schroffen Hervortreten der Curie, deren Begründbarkeit nirgends mehr bezweifelt und indirect auch in den gemündeten Auslassungen der Officiellen zugestanden wird, eine wesentlich veränderte geworden. Wenn die Curie den von der Regierung versuchten Weg, zur Verständigung zu gelangen, von vornherein zurückweist, so hat die Vorlage thatsächlich den Boden ziemlich vollständig verloren, und wenn die Regierung dennoch, wie es den Anschein hat, eifrig bemüht ist, eine Majorität für ihre Vorlage zu gewinnen, so müssen wir einstweilen dahingestellt sein lassen, ob ihr dies Ziel zu erreichen gelingen wird. Ueberausungen seitens des Centrums sind vielleicht auch jetzt noch nicht ausgeschlossen.

Eine sehr beachtenswerthe Correspondenz eines rheinischen Blattes hebt hervor: „Was die Curie verlangt, einen förmlichen Vertrag zwischen Staat und Kirche, kann die Regierung ihr nicht gewähren. Der Reichskanzler hat sich darüber privatim sehr bestimmt ausgesprochen. Er hat sich gedehnt, er werde kein Concordat mit Rom abschließen, nicht einmal ein moralisches; denn die Erfahrung lehre, daß mit allen solchen Verträgen die legerischen Regierungen von den schlaunen Italienern immer hinter List geführt worden sind. Als Niebuhr 1821 das Concordat mit Rom abgeschlossen hatte, äußerte sich in Bonn ein Professor der katholischen Theologie, nachdem er in der Zeitung die Halle De salute animarum gelesen hatte, befragt eine Priese nehmend: „Ei, wie dumm sind doch diese Preußen!“ Was die schriftlichen Conventione mit dem katholischen Clerus werth sind, mußte Preußen auch 1837 bei den Römischen Wirren erfahren. Preußen ist entschlossen, was thatsächlich viele Zugeständnisse zu machen, aber den Grundhieb nicht auszugeben, daß es selbst die Grenzen seiner Staatshoheit zu bestimmen hat.“ Das wäre allerdings die beste Antwort auf den römischen Fehdebrief!

Politische Uebersicht.

Leipzig, 26. Mai.

Die sächsische „Volkspartei“, ganz besonders aber ein Bruchtheil derselben, die fränkischer Local-Demokratie, thut sich auf den

Sieg bei der Reichstagswahl in Reutlingen-Tübingen viel zu Gute. Ob dieser Wahlsieg in Württemberg, wo unter allen deutschen Ländern fortwährend die größten Stimmungswechsel und unberechenbarsten Umschläge bei den Wahlen zu Tage treten, etwas mehr darstellt als einen augenblicklichen Erfolg, der bei den nächsten Wahlen wieder in sein Gegentheil verkehrt wird, wollen wir in aller Ruhe abwarten. Daß die demokratische sog. „Volkspartei“ in Süddeutschland in den letzten Jahren etwas an Boden gewonnen hat, ist im Allgemeinen ja nicht in Abrede zu stellen und hat sich auch bei anderen Wahlen in mehr oder minder starken Minoritäten gezeigt. Diese Erscheinung rührt von dem gegenwärtigen Vordringen aller extremen Parteien auf Kosten der Mittelparteien und von dem leider ja nicht zu leugnenden Anwachsen der particularistischen Bestrebungen her. Der Particularismus, die erbitterte Feindschaft gegen die nationale Sache und gegen Preußen, ist der Sumpfboden, auf dem die sächsische Demokratie wuchert, die darum auch mit dem Centrum und mit den Conservativen, wo sie, wie meist außerhalb Preußens, im particularistischen Gewand auftreten, oft genug in enger Fühlung gegen die Träger des nationalen Gedankens steht. Die sophistischen demokratischen Phrasen haben ein gut Theil des nachstehenden reactionären Particularismus zu decken. Traurig ist es darum, wenn auch die preussische Fortschrittspartei, geliebt und verachtet durch ein paar hohle demagogische Programmphasen, den Erfolgen der süddeutschen Demokratie jubelt und in der letzteren eine gesinnungsverwandte Partei zu erblicken sich den Anschein giebt. Sie fördert damit Bestrebungen, die der alten preussischen Fortschrittspartei, einem Waldeck ebenso fremd waren wie die Bestrebungen der feudalen Reaction oder des vaterlandslosen Ultramontanismus. Und doch erhebt auf der ganzen Linie der fortschrittlichen Presse eitel Freude und Siegesjubel, wenn ein schändlicher Particularist, ein Vertreter verbissensten Preußenhasses einen Reichstagsredner erregt, und Herr Birchow, der „Staatsmann“ der Fortschrittspartei, hat unlängst der Fortschrittspartei den energischen Anschluß an die sächsische Demokratie mit warmen Worten als die allein richtige, „wahrhaft freimüthige“ Politik empfohlen! Birchow, derselbe, von dem ein bekanntes geflügeltes Wort von der „Grünheit“ herrührt. Unter den Verirrungen der Fortschrittspartei ist das unwürdige Vorgehen mit dem Particularismus, in welcher Gestalt immer er sich regt, eine der besagtesten und für die Partei selbst sicherlich verderblichsten Erscheinungen!

Die gemäßigtere liberale „Allgemeine Zeitung“ fährt fort, in einer Reihe von Artikeln das Verhältnis des Reichskanzlers zu dem Abgeordneten Dr. Deibitz zu beleuchten. Wir heben daraus folgende Betrachtung hervor:

„Die großen Debatten am Schlusse des Reichstags werden in der Presse noch lange nachklingen. Zum erstenmale seit der Begründung des Deutschen Reiches verlagte der Reichstag nicht bloß in untergeordneten Angelegenheiten, sondern bei principialen Fragen Schlag auf Schlag seine Zustimmung zu der inneren Politik des Reichskanzlers. Auch das persönliche Eintreten des Fürsten Bismarck in den Parteistampf, die eben erst erfolgreich angewendete Drohung des Rücktritts, die eifrige Klage über Todesmüdigkeit, der heftige Angriff auf das Centrum und die Freibühler, das Hervorziehen des kaiserlichen Willens in die Ethikfrage und andere geschickte taktische Mittel haben die Mehrheit des Reichstags nicht umstimmen können. Der Fürst konnte nicht mehr, wie früher, aus ziemlich unbedingte Heerfolge seiner Betreuen rechnen; er scheint wenigstens in der inneren Politik an den Grenzen seines Könnens angelangt, und entweder eine neue Wendung und Parteigruppierung versuchen oder eine Zeitlang vom Steuerruder zurücktreten zu müssen. Die meisten Patrioten werden sich nur äußerst schwer in den Gedanken finden können, die Zeitung der deut-

lichen Politik in andere Hände übergeben zu sehen, so lange die Weltlage so unsicher bleibt. Wohl hat die „Times“ Recht: daß kein Reich unerfuglich sei und daß das Deutsche Reich „dennoch noch auf anderen Grundlagen als zwei Augen beruhe“, aber solange Bismarck lebt, wird man die äußere Politik des Deutschen Reiches keinen geschickteren und würdigeren Händen anvertrauen können, darüber besteht kaum ein Widerspruch bei den verschiedenen Parteien, und auch für die Wiedergewinnung der kirchlichen Ruhe, die allerdings vorzugsweise eine preussische Frage ist, scheint Bismarck's Eintreten selbst nach der Ansicht des Centrums unentbehrlich zu sein. Bei dieser Sachlage bleibt kaum ein anderer Ausweg übrig als der Entschluß Bismarck's, sich auf das ihm ureigene und unbestrittene Gebiet der äußeren Politik zurückzuziehen und, dem Gebote der Arbeitsheilung entsprechend, die kirchlichpolitische einer anderen auf diesem Gebiete demüthigen Kraft wieder zu übertragen.“ Die Berliner officiöse Presse hatte ihren Feilsch gegen die Curie mit einem Angriffe auf das Haupt der Kaplanokratie, den Abgeordneten Rajunko, eingeleitet. Jetzt wendet sich das stimmführende Organ, die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen den heiligen Vater selbst. Das „freiwillig gouvernementale“ Blatt schreibt: Der gegenwärtige Papst ist einen Schritt weiter gegangen in dem Entgegenkommen gegen eine (die italienische) Regierung, über die er in einem amtlichen Schriftstück kaum weniger harte Urtheile als sein Vorgänger gefällt hat. Er gestattet, daß seine Behörden, ehe er einen Bischof ernannt, sich vergewissern, ob die italienische Regierung Bedenken gegen die designirte Person zu erheben habe. Wir brauchen über die Rehnlichkeit und die Verschiedenheit wohl weiter Nichts zu sagen, als daß der Papst gegen die italienische Regierung, mit welcher er in erklärter Feindschaft lebt, entgegenkommender ist, als gegen die preussische, welche er seiner Freundschaft versichert, und daß italienische Bischöfe ein wärmeres Herz für ihre Herde und einen größeren Rath gegenüber dem Papste bewiesen haben, als die Mehrzahl der preussischen.

Wir brachten gestern telegraphisch die folgende officiöse Mittheilung des Wolffschen Bureau's aus Bremen: „Der Gewerbeconvent, dessen Mitglieder verfassungsmäßig von sämtlichen selbstständigen Gewerbetreibenden der Städte Bremen, Vegesack und Bremerhofen als Vertreter der Interessen von Handwerk und Fabrik im Bremischen Staate gewählt sind, hat in seiner gestrigen Sitzung sein volles Einverständnis mit den auf den Hollanschluß Bremens gerichteten Bestrebungen und Kundgebungen der Gewerbetreibenden von Bremen durch ein nahezu an Einstimmigkeit grenzendes Votum erklärt.“ Wenn man das liest, so sollte man denken — bemerkt das „B. Z.“ — ganz Bremen sei über Nacht anderen Sinnes geworden und schwörre plötzlich für den Hollanschluß. Dem ist aber nicht so. Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will nach wie vor die freihafene Stellung Bremens aufrecht erhalten wissen. Es ist ja auch begreiflich genug, daß in einer Stadt wie Bremen, den Alles beherrschenden Danneberginteressen gegenüber, das Handwerk und das Fabrikwesen von untergeordneter, wo nicht verschwindender Bedeutung sind. Diese beiden Zweige der bürgerlichen Thätigkeit haben selbstverständlich keinerlei Interesse an dem Fortbestand der Freihafenstellung, und demzufolge konnte ihr Votum nur von den Officiösen aufgegriffen werden, um den Schein zu erwecken, als ob Bremen seiner Freihafenstellung überdrüssig wäre. Der Protest gegen diese Kundgebung wird nicht ausbleiben.

Von der Reichsmarine meldet die „Kiel Zeitung“: „Am Montag traf in Kiel die auf der West des Bulten in Bredow bei Stettin erbaute, am 14. September v. J. von Sr. Maj. dem Kaiser selbst getaufte Panzercorvette „Stein“ mit Privatbesatzung hier ein. Dieselbe ist ein Schwesterkiff der Corvetten „Bismarck“, „Blücher“ und „Stosch“ und bekanntlich